

*Abschnitt 5 — Formale Anpassungen des am 14. Juli 1994
koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung*

Art. 60 - In Artikel 9 Absatz 1 des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung werden die Wörter "und 80 Nr. 5" durch die Wörter "und 80 § 1 Nr. 5" ersetzt.

Art. 61 - In Artikel 87 Absatz 1 desselben Gesetzes, ersetzt durch die Königlichen Erlasse vom 13. November 1996 und 10. Juni 2001, und in Artikel 113 Absatz 3 desselben Gesetzes, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 10. Juni 2001, werden die Wörter "Artikel 80 Nr. 5" durch die Wörter "Artikel 80 § 1 Nr. 5" ersetzt.

Art. 62 - Artikel 109 desselben Gesetzes, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 23. Dezember 1996, wird aufgehoben.

Art. 63 - In Artikel 193 § 2, abgeändert durch das Gesetz vom 20. Dezember 1995, und § 3, eingefügt durch das Gesetz vom 9. Juli 2004, und in Artikel 200 § 4 Nr. 7 werden die Wörter "Artikel 80 Nr. 2" jeweils durch die Wörter "Artikel 80 § 1 Nr. 2" ersetzt.

Art. 64 - In Artikel 203 § 2 Absatz 2 und § 4 Absatz 1 und Absatz 4 desselben Gesetzes werden die Wörter "und 80 Nr. 1" durch die Wörter "und 80 § 1 Nr. 1" ersetzt.

(...)

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 30. September 2017

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Beschäftigung
K. PEETERS

Die Ministerin der Sozialen Angelegenheiten
Frau M. DE BLOCK

Der Minister der Pensionen
D. BACQUELAINE

Der Minister des Öffentlichen Dienstes
S. VANDEPUT

Der Minister der Selbständigen
D. DUCARME

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz
K. GEENS

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2019/41308]

21 DECEMBRE 2018. — Loi portant des dispositions diverses en matière de justice. — Traduction allemande d'extraits

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande des articles 166 à 178 de la loi du 21 décembre 2018 portant des dispositions diverses en matière de justice (*Moniteur belge* du 31 décembre 2018).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2019/41308]

21 DECEMBER 2018. — Wet houdende diverse bepalingen betreffende justitie. — Duitse vertaling van uittreksels

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de artikelen 166 tot 178 van de wet van 21 december 2018 houdende diverse bepalingen betreffende justitie (*Belgisch Staatsblad* van 31 december 2018).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2019/41308]

21. DEZEMBER 2018 — Gesetz zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich der Justiz — Deutsche Übersetzung von Auszügen

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung der Artikel 166 bis 178 des Gesetzes vom 21. Dezember 2018 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich der Justiz.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST JUSTIZ

21. DEZEMBER 2018 — Gesetz zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich der Justiz

PHILIPPE, König der Belgier,
Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

(...)

TITEL 11 — Abänderungen des Gesetzes vom 18. Juni 2018 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen Zivilrecht und von Bestimmungen zur Förderung alternativer Formen der Streitfalllösung

Art. 166 - Artikel 4 des Gesetzes vom 18. Juni 2018 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen Zivilrecht und von Bestimmungen zur Förderung alternativer Formen der Streitfalllösung wird wie folgt abgeändert:

1. Im Entwurf von Artikel 14 Absatz 4 des Zivilgesetzbuches werden die Wörter "Allgemeine Staatsarchiv" durch die Wörter "Allgemeine Staatsarchiv und Staatsarchiv in den Provinzen" ersetzt.

2. Im Entwurf von Artikel 28 § 2 Absatz 3 desselben Gesetzbuches werden die Wörter "Artikel 41 § 1 Nr. 5 Buchstabe a) und c)" durch die Wörter "Artikel 41 § 1 Nr. 5" ersetzt.

3. Der Entwurf von Artikel 28 desselben Gesetzbuches wird durch einen Paragraphen 3 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

"§ 3 - Für die auf der Grundlage einer ausländischen Urkunde erstellten Personenstandsurkunden werden in Abschriften die ursprünglichen Angaben der belgischen Urkunde auf der Grundlage einer ausländischen Urkunde, der Ausdruck der in entmaterialisierter Form in der DPSU aufgenommenen ausländischen Urkunde und gegebenenfalls die von einem vereidigten Übersetzer erstellte Übersetzung und die Metadaten der Änderungen dieser Urkunde vermerkt."

4. Der Entwurf von Artikel 29 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

a) Paragraph 1 Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

"Jeder hat Anrecht auf eine Abschrift von oder einen Auszug aus folgenden Urkunden:

- Sterbeurkunden, die älter als fünfzig Jahre sind,
- Eheschließungsurkunden, die älter als fünfundsiebzig Jahre sind,
- andere Urkunden, die älter als hundert Jahre sind."

b) In § 1 Absatz 2 werden die Wörter "von Urkunden, die weniger als hundert Jahre alt sind," durch die Wörter "von in Absatz 1 erwähnten Urkunden, die weniger als fünfzig, fünfundsiebzig beziehungsweise hundert Jahre alt sind," ersetzt.

c) In § 2 Absatz 3 werden die Wörter "von Urkunden, die älter als hundert Jahre alt sind," durch die Wörter "von in § 1 Absatz 1 erwähnten Urkunden, die älter als fünfzig, fünfundsiebzig beziehungsweise hundert Jahre sind," ersetzt.

5. Der Entwurf von Artikel 32 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

a) In § 2 Nr. 3 werden die Wörter "Artikel 63" durch die Wörter "Artikel 63 Nr. 1, 2 und 4" ersetzt.

b) In § 2 Nr. 4 werden die Wörter "Artikel 64" durch die Wörter "Artikel 64 Nr. 1 und 3" ersetzt.

6. Der Entwurf von Artikel 33 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

a) Paragraph 1 Absatz 1 wird wie folgt ersetzt: "Der zuständige Standesbeamte oder der Standesbeamte des Ortes der Erstellung der Urkunde, der auf der Grundlage einer authentischen Urkunde oder amtlichen Bescheinigung einen Schreibfehler in einer Personenstandsurkunde feststellt, berichtigt diese Personenstandsurkunde."

b) [Abänderung des niederländischen Textes]

c) In § 2 Absatz 1 werden die Wörter "Der zuständige Standesbeamte" durch die Wörter "Der in § 1 Absatz 1 erwähnte Standesbeamte" ersetzt.

7. Der Entwurf von Artikel 35 § 1 desselben Gesetzbuches wird durch zwei Absätze mit folgendem Wortlaut ergänzt:

"Der Standesbeamte des Ortes der Erstellung der Urkunde, der diese Urkunde berichtigen lassen möchte, kann zu diesem Zweck eine Antragschrift beim Familiengericht einreichen.

Der Prokurator des Königs klagt die Berichtigung einer Urkunde beim Familiengericht ein, wenn er einen Fehler in der Urkunde feststellt."

8. Der Entwurf von Artikel 41 § 1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

a) In Absatz 1 Nr. 5 Buchstabe e) werden die Wörter ", Datum der Entscheidung und Datum ihres Wirksamwerdens" durch die Wörter "und Datum der Entscheidung" ersetzt.

b) Paragraph 1 wird durch folgenden Absatz ergänzt:

"In Personenstandsurkunden wird, soweit erforderlich, das Datum vermerkt, an dem das Protokoll, die Entscheidung oder die Urkunde, auf deren Grundlage sie erstellt worden sind, wirksam wird."

9. Im Entwurf von Artikel 47 § 2 desselben Gesetzbuches werden die Wörter "Allgemeine Staatsarchiv" durch die Wörter "Allgemeine Staatsarchiv und Staatsarchiv in den Provinzen" ersetzt.

10. Im Entwurf von Artikel 57 § 2 desselben Gesetzbuches werden die Wörter "Allgemeine Staatsarchiv" durch die Wörter "Allgemeine Staatsarchiv und Staatsarchiv in den Provinzen" ersetzt.

11. Der Entwurf von Artikel 63 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"Art. 63 - In Namensänderungsurkunden wird Folgendes vermerkt:

1. Datum des Ersuchens,
2. Name und Vornamen des Betroffenen,
3. Geburtsdatum und -ort des Betroffenen,
4. neuer Name des Betroffenen."

12. Der Entwurf von Artikel 64 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"Art. 64 - In Ehescheidungsurkunden wird Folgendes vermerkt:

1. gegebenenfalls Nummer der belgischen Eheschließungsurkunde,
2. Behörde, die die Eheschließungsurkunde erstellt hat, sowie Datum und Ort der Erstellung,
3. Name und Vornamen der geschiedenen Personen,
4. Geburtsdatum und -ort der geschiedenen Personen."

13. Im Entwurf von Artikel 68 § 2 desselben Gesetzbuches werden zwischen den Wörtern "bei der Erstellung" und den Wörtern "einer Personenstandsurkunde" die Wörter "oder Änderung" eingefügt.

14. Der Entwurf von Artikel 69 § 1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt ergänzt: ", die gemäß Artikel 27 des Gesetzbuches über das internationale Privatrecht anerkannt werden können".

b) Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

"Enthält die ausländische Urkunde einen in Artikel 34 erwähnten Schreibfehler, der auf der Grundlage einer in der DPSU aufgenommenen Urkunde festgestellt wurde, werden in der auf der Grundlage einer ausländischen Urkunde erstellten Urkunde die vom Standesbeamten berichtigten oder ergänzten Angaben der ausländischen Urkunde vermerkt."

15. Im Entwurf von Artikel 69 § 2 desselben Gesetzbuches werden zwischen den Wörtern "Eine Abschrift der ausländischen Urkunde" und den Wörtern "und gegebenenfalls" die Wörter "oder einen Auszug daraus" eingefügt.

16. Im Entwurf von Artikel 72 Nr. 9 desselben Gesetzbuches werden die Wörter "Allgemeine Staatsarchiv" durch die Wörter "Allgemeine Staatsarchiv und Staatsarchiv in den Provinzen" ersetzt.

17. Im Entwurf von Artikel 73 § 2 desselben Gesetzbuches werden die Wörter "Artikel 1 § 4 des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten" durch die Wörter "Artikel 4 Nr. 7 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG" ersetzt.

18. Im Entwurf von Artikel 74 § 3 Nr. 7 desselben Gesetzbuches werden die Wörter "Allgemeinen Staatsarchivs" durch die Wörter "Allgemeinen Staatsarchivs und Staatsarchivs in den Provinzen" ersetzt.

19. Der Entwurf von Artikel 75 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

a) In Absatz 2 Nr. 2 werden die Wörter "über den geschäftsführenden Ausschuss" aufgehoben.

b) Absatz 3 wird wie folgt ersetzt: "Bei der Ausführung seiner Aufträge handelt der Datenschutzbeauftragte vollkommen unabhängig. Er berichtet unmittelbar dem Föderalen Öffentlichen Dienst Justiz, der dies dem geschäftsführenden Ausschuss zur Kenntnis bringt, sofern dies für die Ausführung seiner Aufträge erforderlich ist."

20. Im Entwurf von Artikel 76 Absatz 1 desselben Gesetzbuches werden die Wörter "Allgemeine Staatsarchiv" durch die Wörter "Allgemeine Staatsarchiv und Staatsarchiv in den Provinzen" ersetzt.

21. Im Entwurf von Artikel 78 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird Nr. 8 aufgehoben.

22. Der Entwurf von Artikel 80 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ergänzt: ", und insofern das Vorlegen von Daten aus Personenstandsurkunden bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufträge erforderlich ist".

Art. 167 - In Artikel 35 desselben Gesetzes wird der Entwurf von Artikel 327/2 § 1 des Zivilgesetzbuches wie folgt abgeändert:

a) In Absatz 1 werden die Wörter ", der Person, die das Kind anerkennen will, und gegebenenfalls des Elternteils, hinsichtlich dessen die Abstammung feststeht," aufgehoben.

b) In Absatz 2 werden die Wörter "den Geburtsurkunden" durch die Wörter "der Geburtsurkunde" ersetzt.

Art. 168 - Artikel 42 desselben Gesetzes wird wie folgt ersetzt:

"Art. 42 - In Artikel 335 § 3 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Gesetz vom 8. Mai 2014 und abgeändert durch das Gesetz vom 18. Dezember 2014, wird Absatz 5 wie folgt ersetzt:

"Der zuständige Standesbeamte erstellt die Urkunde über die Erklärung der Namenswahl infolge der in Absatz 2 erwähnten Erklärung und verknüpft sie mit der Geburtsurkunde des Kindes und mit den Personenstandsurkunden, auf die sie sich bezieht, oder ändert infolge des in Absatz 4 erwähnten Urteils die Geburtsurkunde des Kindes und die Personenstandsurkunden, auf die sie sich bezieht."

Art. 169 - Artikel 43 desselben Gesetzes wird wie folgt ersetzt:

"Art. 43 - In Artikel 335ter § 2 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Gesetz vom 5. Mai 2014, wird Absatz 5 wie folgt ersetzt:

"Der zuständige Standesbeamte erstellt infolge der in Absatz 2 erwähnten Erklärung die Urkunde über die Erklärung der Namenswahl und verknüpft sie mit der Geburtsurkunde des Kindes und mit den Personenstandsurkunden, auf die sie sich bezieht, oder ändert infolge des in Absatz 4 erwähnten Urteils die Geburtsurkunde des Kindes und die Personenstandsurkunden, auf die sie sich bezieht."

Art. 170 - In dasselbe Gesetz wird ein Artikel 43/1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. 43/1 - Artikel 335quater Absatz 2 des Zivilgesetzbuches, eingefügt durch das Gesetz vom 6. Juli 2017, wird wie folgt ersetzt:

"Der zuständige Standesbeamte erstellt infolge der in Absatz 1 erwähnten Erklärung die Urkunde über die Erklärung der Namenswahl und verknüpft sie mit der Geburtsurkunde des Kindes und mit den Personenstandsurkunden, auf die sie sich bezieht."

Art. 171 - In Artikel 63 desselben Gesetzes wird im Entwurf von Artikel 370/4 § 2 des Zivilgesetzbuches zwischen den Absätzen 2 und 3 ein Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Der Standesbeamte genehmigt den in Artikel 370/3 § 4 erwähnten Personen die Vornamensänderung."

Art. 172 - In dasselbe Gesetz wird ein Artikel 69/1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. 69/1 - In Artikel 1428 Absatz 3 desselben Gesetzbuches werden die Wörter "der Übertragung" durch die Wörter "des Vermerks" ersetzt und werden zwischen den Wörtern "Trennung von Tisch und Bett" und den Wörtern "oder der Bekanntmachung" die Wörter "in der Eheschließungsurkunde" eingefügt."

Art. 173 - In dasselbe Gesetz wird ein Artikel 70/1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Art. 70/1 - Artikel 1231-4 des Gerichtsgesetzbuches, eingefügt durch das Gesetz vom 24. April 2003 und zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 6. Juli 2017, wird wie folgt ersetzt:

“Art. 1231-4 - § 1 - Damit die Antragschrift zulässig ist, müssen ihr folgende Urkunden oder Angaben beigefügt werden, sofern sie nicht in der DPSU oder im Bevölkerungsregister oder im Fremdenregister verfügbar sind:

1. Abschrift der Geburtsurkunde oder gleichwertige Urkunde,
2. Staatsangehörigkeitsnachweis,
3. Bescheinigung über den Ort, in dem der Adoptierende beziehungsweise die Adoptierenden und der Adoptierte im Bevölkerungsregister oder im Fremdenregister eingetragen sind oder, in Ermangelung dessen, in dem sie ihren gewöhnlichen Wohnort haben,
4. Auszug aus der Eheschließungsurkunde oder aus der Erklärung über das gesetzliche Zusammenwohnen oder aber Nachweis über ein Zusammenwohnen seit mehr als drei Jahren.

§ 2 - Bei Empfang der Antragschrift überprüft der Greffier, ob die darin fehlenden Schriftstücke oder Angaben in der DPSU oder im Bevölkerungsregister oder im Fremdenregister verfügbar sind.

Wurde die Geburtsurkunde oder die Eheschließungsurkunde vor Inkrafttreten des Gesetzes vom 18. Juni 2018 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen Zivilrecht und von Bestimmungen zur Förderung alternativer Formen der Streitfalllösung in Belgien erstellt oder in Belgien übertragen, ersucht er den Standesbeamten, der die Urkunde erstellt oder übertragen hat, die Urkunde in die DPSU aufzunehmen.

§ 3 - Wenn Angaben in der Antragschrift unvollständig sind oder bestimmte Informationen für die Einleitungssitzung fehlen, fordert der Richter die zuerst handelnde Partei dazu auf, die nötigen Informationen mitzuteilen oder die Verfahrensakte zu vervollständigen.

Jede Partei kann auch selbst die Initiative ergreifen, die Akte zusammenzustellen.

§ 4 - Binnen drei Tagen nach Empfang der Antragschrift setzt der Greffier die Nachkommen des Adoptierten davon in Kenntnis. Der Greffier übermittelt zudem der föderalen Zentralbehörde eine Abschrift der Antragschrift. Die föderale Zentralbehörde setzt anschließend die gemeinschaftlichen Zentralbehörden hiervon in Kenntnis.“

Art. 174 - In Artikel 76 desselben Gesetzes wird der Entwurf von Artikel 1254 § 2 Absatz 3 des Gerichtsgesetzbuches durch folgenden Satz ergänzt:

“Wurde die Eheschließungsurkunde im Ausland erstellt, ersucht er die antragstellende Partei, in Anlehnung an Buch 1 Titel 2 Kapitel 2 Abschnitt 15 des Zivilgesetzbuches vom zuständigen Standesbeamten eine Eheschließungsurkunde auf der Grundlage der ausländischen Urkunde erstellen zu lassen.“

Art. 175 - In Artikel 80 desselben Gesetzes wird der Entwurf von Artikel 1288bis § 2 Absatz 3 des Gerichtsgesetzbuches durch folgenden Satz ergänzt:

“Wurde die Eheschließungsurkunde im Ausland erstellt, ersucht er die antragstellende Partei, in Anlehnung an Buch 1 Titel 2 Kapitel 2 Abschnitt 15 des Zivilgesetzbuches vom zuständigen Standesbeamten eine Eheschließungsurkunde auf der Grundlage der ausländischen Urkunde erstellen zu lassen.“

Art. 176 - In Artikel 85 desselben Gesetzes wird der Entwurf von Artikel 31 des Gesetzbuches über das internationale Privatrecht wie folgt abgeändert:

1. Paragraph 2 Absatz 2 wird wie folgt abgeändert:

a) Zwischen den Wörtern “in der” und den Wörtern “Datenbank der Personenstandsunterlagen” werden die Wörter “in Buch 1 Titel 2 Kapitel 3 des Zivilgesetzbuches erwähnten” eingefügt.

b) Der Absatz wird durch folgenden Satz ergänzt: “Er hält das Original der ausländischen Urkunde oder der ausländischen Entscheidung bis zum Ende der Überprüfung zur Verfügung der Zentralbehörde.“

2. Paragraph 3 Absatz 3 wird durch folgende Sätze ergänzt:

“Die Zentralbehörde Personenstand kann erforderlichenfalls das Original der ausländischen Urkunde oder der ausländischen gerichtlichen Entscheidung beim Standesbeamten oder beim Führer des Bevölkerungs-, Fremden- oder Warteregisters beantragen, der die Stellungnahme beantragt hat. Letzterer übermittelt das Original unverzüglich der Zentralbehörde Personenstand.“

3. Paragraph 3 Absatz 5 wird wie folgt abgeändert:

a) Die Wörter “und vermerkt die Stellungnahme in der DPSU” werden aufgehoben.

b) Der Absatz wird durch folgenden Satz ergänzt:

“Die Zentralbehörde fügt die Stellungnahme den ausländischen authentischen Urkunden oder den ausländischen Entscheidungen, die gemäß § 2 Absatz 2 in der DPSU registriert werden, als Anlage bei.“

4. In § 4 Absatz 1 werden die Wörter “oder der Führer des Bevölkerungs-, Fremden- oder Warteregisters” und die Wörter “oder der Führer des betreffenden Registers” aufgehoben.

Art. 177 - In dasselbe Gesetz wird ein Artikel 85/1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Art. 85/1 - Artikel 37 § 2 des Gesetzbuches über das internationale Privatrecht, abgeändert durch das Gesetz vom 6. Juli 2017, wird durch einen Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

“Erfolgt die Wahl vor dem Standesbeamten, nimmt dieser die Erklärung über die Rechtswahl als Anlage in der Datenbank der Personenstandsunterlagen auf.“

Art. 178 - In dasselbe Gesetz wird ein Artikel 85/2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. 85/2 - Artikel 39 des Gesetzbuches über das internationale Privatrecht, ersetzt durch das Gesetz vom 6. Juli 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 werden die Wörter "ihrer Übertragung in ein Personenstandsregister" durch die Wörter "der Erstellung der belgischen Urkunde auf der Grundlage der ausländischen Urkunde oder der ausländischen Gerichts- oder Verwaltungsentscheidung gemäß Artikel 68 des Zivilgesetzbuches" ersetzt.

2. Paragraph 1 wird durch einen Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

"Erfolgt die Wahl vor dem Standesbeamten, nimmt dieser die Erklärung über die Rechtswahl als Anlage in der Datenbank der Personenstandsurkunden auf."

(...)

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 21. Dezember 2018

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Justiz

K. GEENS

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

K. GEENS

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[2019/203339]

3 JUILLET 2019. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 22 octobre 2017 concernant le transport de marchandises dangereuses de la classe 7 et portant la transposition de la directive (UE) 2018/217 de la Commission du 31 janvier 2018 modifiant la directive 2008/68/CE du Parlement européen et du Conseil relative au transport intérieur des marchandises dangereuses, en vue d'adapter les dispositions de l'annexe I, section I.1, au progrès scientifique et technique et l'exécution de la décision d'exécution (UE) 2018/936 du 29 juin 2018 autorisant les États membres à adopter certaines dérogations en vertu de la directive 2008/68/CE du Parlement européen et du Conseil relative au transport intérieur des marchandises dangereuses

RAPPORT AU ROI

Sire,

J'ai l'honneur de soumettre à la signature de Votre Majesté un arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 22 octobre 2017 concernant le transport de marchandises dangereuses de la classe 7 (ci-après abrégé "AR transport") et portant la transposition de la directive (UE) 2018/217 de la Commission du 31 janvier 2018 modifiant la directive 2008/68/CE du Parlement européen et du Conseil relative au transport intérieur des marchandises dangereuses, en vue d'adapter les dispositions de l'annexe I, section I.1, au progrès scientifique et technique (ci-après abrégé "directive 2018/217/UE") et l'exécution de la décision d'exécution (UE) 2018/936 du 29 juin 2018 autorisant les États membres à adopter certaines dérogations en vertu de la directive 2008/68/CE du Parlement européen et du Conseil relative au transport intérieur des marchandises dangereuses (ci-après abrégé "décision d'exécution 2018/936/UE").

Le Conseil d'Etat a rendu le 1^{er} avril 2019 l'avis n° 65.607/4 sur base de l'art. 84, § 1, premier alinéa, 2,^o des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat.

Le texte de l'arrêté a été adapté sur base des commentaires du Conseil d'Etat.

1. Introduction

Le présent arrêté royal transpose, en ce qui concerne le transport de marchandises dangereuses de la classe 7, la directive 2018/217/UE en droit national et ajoute l'exemption relative aux détecteurs de fumée ioniques inclus dans le décret d'application 2018/936/UE dans l'AR transport.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[2019/203339]

3 JULI 2019. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 22 oktober 2017 betreffende het vervoer van gevaarlijke goederen van de klasse 7 en houdende de omzetting van richtlijn (EU) 2018/217 van de Commissie van 31 januari 2018 tot wijziging van Richtlijn 2008/68/EG van het Europees Parlement en de Raad betreffende het vervoer van gevaarlijke goederen over land en met name de aanpassing van punt I.1 van bijlage I aan de wetenschappelijke en technische vooruitgang en de uitvoering van het uitvoeringsbesluit (EU) 2018/936 van 29 juni 2018 houdende toestemming voor de lidstaten om bepaalde afwijkingen vast te stellen krachtens Richtlijn 2008/68/EG van het Europees Parlement en de Raad betreffende het vervoer van gevaarlijke goederen over land

VERSLAG AAN DE KONING

Sire,

Wij hebben de eer ter ondertekening van Uwe Majesteit een koninklijk besluit voor te leggen tot wijziging van het koninklijk besluit van 22 oktober 2017 betreffende het vervoer van gevaarlijke goederen van de klasse 7 (hierna verkort "KB vervoer") en houdende de omzetting van richtlijn (EU) 2018/217 van de Commissie van 31 januari 2018 tot wijziging van Richtlijn 2008/68/EG van het Europees Parlement en de Raad betreffende het vervoer van gevaarlijke goederen over land en met name de aanpassing van punt I.1 van bijlage I aan de wetenschappelijke en technische vooruitgang (hierna verkort "richtlijn 2018/217/EU") en de uitvoering van het uitvoeringsbesluit (EU) 2018/936 van 29 juni 2018 houdende toestemming voor de lidstaten om bepaalde afwijkingen vast te stellen krachtens Richtlijn 2008/68/EG van het Europees Parlement en de Raad betreffende het vervoer van gevaarlijke goederen over land (hierna verkort "uitvoeringsbesluit 2018/936/EU").

De Raad van State verleende op 1 april 2019 het advies nr. 65.607/4 op basis van art. 84, § 1, eerste lid, 2,^o van de gecoördineerde wetten op de Raad van State.

De tekst van het besluit werd aangepast rekening houdende met de opmerkingen van de Raad van State.

1. Inleiding

Voorliggend koninklijk besluit zet richtlijn 2018/217/EU, voor wat betreft het vervoer van gevaarlijke goederen van de klasse 7, om in nationaal recht en voegt de vrijstelling met betrekking tot ionische rookmelders opgenomen in uitvoeringsbesluit 2018/936/EU in het KB vervoer.